

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1837

21.5.1837 (No. 139)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 139.

Sonntag, den 21. Mai

1837

Baden.

Landtagsverhandlungen.

Karlsruhe, 19. Mai. 17te öffentliche Sitzung der ersten Kammer.

Geh. Hofrath Rau übergibt der Kammer eine Druckschrift von der medizinischen Fakultät in Heidelberg, unter dem Titel: „Bemerkungen über die Errichtung einer neuen Irrenanstalt im Großherzogthum Baden.“

Bei der hierauf eröffneten Diskussion über den Gesetzentwurf: das Verfahren in Steuerstrafsachen betr., wird von den Regierungskommissären Finanzminister v. Böckh und Ministerialrath Lang in ausführlichen Vorträgen die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs gegen die Anträge der Kommission empfohlen. Der Hauptgegenstand der Meinungsverschiedenheit zeigt sich darin (§. 1), daß nach dem Kommissionsberichte auch bei bloßen Ordnungsstrafen auf Kontrolvergehen dem Angeeschuldigten die Wahl gestattet werden soll, ob von der Finanzbehörde oder von einem Gerichte das Erkenntniß zu fällen sey. Es wird von Seite der Regierungskommission auf die Erfahrungen unter dem Bestehen des jetzigen provisorischen Gesetzes hingewiesen, welche zeigen, daß die Finanzbeamten keines Vertrauens genießen; es wird ferner das Prinzip in Schutz genommen, daß Administrativbeamte die durch Verurtheilungen der Polizeigewalt gedrohten Strafen zuerlegen dürfen. Legationstrath v. Rüdtk, Sr. Durchl. der Herr Fürst zu Fürstenberg, geh. Hofrath Raupflichten dem Regierungsvorschlag bei, und heben den Unterschied zwischen Kontrolvergehen und Defraudationen heraus; der letztgenannte sucht zu zeigen, daß zwar der Vorschlag der Kommission vieles für sich habe, jedoch der Unterschied nicht von großer Wichtigkeit sey, und mit Rücksicht auf die zur Sprache gekommene Verabredung der Vereinshandlungen der Entwurf der Regierung angenommen werden könne. Die Herrn v. Anblaw und v. Göler, geh. Rath Beck und Major v. Lürckheim erklären sich für den Kommissionsantrag. Nach längerer Debatte wird das Gesetz, aus 12 Paragraphen bestehend, nach den Beschlüssen der zweiten Kammer unverändert angenommen.

Man schreitet nunmehr zur Diskussion über den Gesetzentwurf: die Verbindlichkeit zur Haltung des Faselviehs betr. Regierungskommissär Ministerialassessor v. Stengel sucht die von der Kommission in Abrede gestellte Nothwendigkeit von gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Haltung der Zuchttiere durch die Gemeinden darzulegen, und bemerkt, nach den Vorschlägen der Kommission

sey aus dem von der Regierung vorgelegten Kulturgesetz ein bloßes Ablösungsgesetz geworden, und trägt auf Annahme des Entwurfs nach den Beschlüssen der zweiten Kammer an. Frhr. v. Göler, Legationstrath v. Rüdtk, Major v. Lürckheim, Frhr. v. Anblaw und Frhr. v. Rüdtk d. j. nehmen die von der Kommission aufgestellten Grundsätze in Schutz: daß die Regierung durch direktes Eingreifen in Kultursachen, durch Aufdringen des Bessern, ihren Zweck selten erreichen, vielmehr dadurch häufig nur die freie Benutzung des Eigenthums beeinträchtigen und mit der besten Absicht mehr nachtheilig, als nützlich auf die Kultur einwirken werde. Es wurde geltend gemacht, daß der einzige §. 1 der Kulturgesetzgebung angehöre, indem er ausspreche, jede Gemeinde müsse das nöthige Zuchtvieh halten; dies sey aber, da auf Güte und Anzahl des Zuchtviehes viel ankomme, nicht genügend; es stehe diese Vorschrift hier isolirt; sie sey auch noch durch kein Bedürfniß geboten. Der Regierungskommissär äußert dagegen, es habe bisher darum keine Uebelstände gegeben, weil die Gemeinden sich schon für verpflichtet erachtet hätten, das Zuchtvieh zu halten; er führt den Grundsatz aus, daß Zwang gerechtfertigt sey, wo der Einzelne sich nicht selbst helfen könne, sondern größere Anstalten erfordert würden. Die Zweckmäßigkeit des Gesetzes in Bezug auf die Ablösung der Verbindlichkeit zur Faselviehhaltung wird vom Prälat Hüffel und dem Erzbischof von Freiburg lebhaft geschilbert. Es beginnt nunmehr die spezielle Diskussion über die einzelnen §§., und das Gesetz wird nach mehrstündiger Debatte in der von der Kommission beantragten Fassung, mit Genehmigung mehrerer anderer vom Ministerialassessor v. Stengel, geh. Hofrath Rau und Frhr. v. Göler gemachten Verbesserungsvorschläge, welche in Bezug auf die Redaktion an die Kommission verwiesen werden, angenommen.

Karlsruhe, 20. Mai. 28te öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Duttlinger. Anfang früh 9 Uhr. Auf der Estrade der Regierung: Staatsminister Winter, Staatsrath Nebenius, Staatsminister Frhr. v. Blittersdorff, Ministerialrath Bock.

Das Präsidium zeigt an, daß die erste Kammer dem Gesetzentwurf: das Verfahren in Steuerstrafsachen betr., nach der Redaktion der zweiten Kammer beigetreten sey. Sodann zeigt der erste Sekretär Bohn eine Petition der Wittwe des Sergenten Eichler zu Mannheim um Verwendung wegen Ertheilung einer kleinen Pension an, und sey

ner übergibt der Abg. Schaaff eine Petition der Stadt Eberbach, die Anlegung der Straße von Klingmünd nach Ziegelhausen betr., und eine weitere des Gemeinderaths von Oberschesslenz um Abänderung einiger §§. des Volksschulgesetzes in Beziehung auf die ehemaligen pfälzer Orte, wobei dieser Abgeordnete empfehlende Worte an die Petitionskommission richtet, diese Kommission hiernächst ersucht, daß sie die Berichterstattung über solche Petitionen, worin um ein Gesetz gebeten werde, welche folglich, nach der Geschäftsordnung, noch einen weiten Weg zurückzulegen hätten, namentlich über die Gesuche um ein Ablösungsgesetz für die Erbbestände, dann um Modifikation des L. R. S. 908, vor allem beschleunigen möge. Diefem vom Präsidium unterstützten Ersuchen schließt sich Abg. Aschbach an, wobei er noch weiter die baldige Erledigung der Petitionen vom Schwarzwald auf Befreiung der Gemeinden von der frohnweisen Last, durch Wegräumung des Schnees die Landstraßen fahrbar zu erhalten, so wie mehrerer Petitionen aus dieser Gegend auf Modifikation des Forstgesetzes hinsichtlich der zur Räumung der Schläge bestimmten Zeit, erinnert.

Abg. v. Rotteck, als Vorstand der Petitionskommission, gibt hierauf befriedigende Antwort, indem er bemerkt, die Kommission werde, wie sie ihre Arbeiten überhaupt nach Thunlichkeit fördere, die Petitionen von besonderer Wichtigkeit vorzugsweise zur Erörterung bringen.

Der Tagesordnung zu Folge eröffnet der Präsident die Fortsetzung der Diskussion im Allgemeinen über das Gemeindevahlengesetz. Knapp meint, die Kammer sey hinlänglich unterrichtet, und verlangt den Uebergang zur speziellen Diskussion; v. Rotteck und Mördes widersetzen sich, und der Präsident läßt die allgemeine Diskussion ihren Fortgang nehmen. Vor allem erläutert Abgeordneter Zentner einige Stellen seiner gestrigen Rede, um Mißverständnissen zu begegnen; sodann erhält Abgeordneter Christ das Wort. Er spricht für den Grundfah des Regierungsentwurfs, daß es nemlich im allgemeinen Interesse liege, in den Angelegenheiten der Gemeinde der wohlhabenderen, intelligenderen Klasse ein Uebergewicht über die ärmere, mindergebildete zu geben. Nach Christ spricht Abgeordneter Busch, welcher vorzugsweise die Frage beleuchtet, in welcher Beziehung steht das neue Wahlgesetz zur Landesverfassung; er scheidet das administrative und autonome Element der Gemeinden, und erklärt sich für das Prinzip des Regierungsentwurfs, indem er die Mündigkeit des Volkes als Masse nicht anerkennt. Es erhebt sich nun Abgeordneter Merk, betrachtet das Gesetz von der praktischen Seite, seine Uebersetzung aussprechend, daß man die Theorie unter das Joch der Erfahrung bringen müsse, und glaubt, daß man der Nivelirungssehnsucht der Proletarier in den Städten einen Damm entgegenzusetzen habe; er findet ihn in dem Entwurfe der Regierung, für den er stimmt.

Abgeordneter v. Rotteck vertheidigt seinen Antrag auf Ablehnung (nicht „Ablefung“, wie im gestrigen Blatte steht) resp. Vertagung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes gegen die besonders von der Regierungskant

dagegen gemachten Einwürfe, und stellt dann noch, im allgemeinen über das Gesetz sprechend, die Frage auf: ob wir uns wann wir es annehmen, noch auf dem Boden der Konstitution befinden, welche im Artikel 7. die Gleichheit der Rechte aller Badener verlange. Die im humoristischen Tone gehaltene Rede bringt Heiterkeit in den Saal.

Ministerialrath Beck antwortet dem Abg. v. Rotteck, und weist mit dem Staatsrath Rebenius nach, daß die minder begüterte Klasse nach dem Regierungsentwurf nur $\frac{1}{6}$ ihrer Wahlrechte verliert. Staatsminister v. Blittersdorff erklärt bezüglich auf eine Bemerkung des Abg. v. Rotteck, daß er die Verdächtigung der Absichten der Mächte, als ob sie eine Umwälzung der bestehenden und bundesgesetzlich garantierten Verhältnisse und insbesondere der Verfassungen der deutschen Bundesstaaten im Schilde führten, zurückweisen, und als eine durch nichts erwiesene u. zu erweisende Behauptung bezeichnen müsse. Die Kammer könne sich ungescheut der Berathung der Landesinteressen hingeben, und wenn ein Wunsch der Mächte bestehe, so sey dieser nur dahin gerichtet, daß man sich dießseits vor Abwegen hüten möge, durch die Länder, wie Spanien und Portugal, an den Rand des Abgrundes gebracht worden seyen. ein Wunsch, in dem die Kammer und das badische Volk sich gewiß mit dem der Mächte begegnen werde. Uebrigens besitze die Regierung Mittel genug, und sey sich ihrer Rechte hinlänglich bewußt, um Uebergreifen jeder Art vorzubeugen.

Abg. v. Rotteck äußert auf's Neue seine Besorgniß, daß die Großmächte Abänderungen der Verfassungen beabsichtigen, wohin die neue Wahlordnung vorbereitend führe, was von dem Staatsminister des Aeußern wiederholt und auf das Entschiedenste widersprochen wird, worauf dann in der Reihenfolge der Redner Abg. Grimm auftritt, welcher, sich auf seine gemachten Erfahrungen berufend, für den Regierungsentwurf spricht. Ferner spricht Abg. Mördes, welcher, nachdem er auseinandergesetzt, daß die bisherigen Erfahrungen das neue Gesetz nicht rechtfertigen, solches unter den Probitstein der Theorie bringt, manche Bedenken auch von diesem Gesichtspunkt aus dabei findet, am Ende jedoch erklärt, daß er sich sein definitives Urtheil vorbehalte, bis die einzelnen Artikel diskutiert seyn würden. Es erhebt sich sodann Abg. Mohr, gegen den Entwurf sprechend, ebenso nach ihm Abg. Bader, welche alle Aenderungen an der Gemeindeordnung vertagt wissen wollen, bis reifere Erfahrungen gesammelt seyen. Für die Bemerkung des letztern, daß man im Seekreis von Parteiumtrieben und in Folge derselben bewirkten unglücklichen Wahlen nichts wisse, wird vielseitig insbesondere auch von Kuenzer und Delisle bestätigt, wobei dem dermaligen Bürgermeister in Konstanz ein ehrendes Zeugniß gegeben wird.

Die nächstfolgenden Redner, Abg. Knapp und Metzger, sprechen im Sinne des Majoritätsberichts, wobei ersterer eine große Scheu vor der Gemeindefouveränität an den Tag legt, letzterer aber seine Erfahrungen geltend macht. Es folgt Abg. Buhl, dieser erklärt sich ge-

gen die Bevormundung der Unvermöglichern, deutet darauf hin, daß die sogenannten unglücklichen Wahlen, über welche man klage, gerade unter der Herrschaft des Zensursfuß vollzogen worden seyen, und daß die Armeren gewöhnlich emsiger seyen in Ausübung ihrer Bürgerpflicht, besonders auch bei den Wahlen, als die Reicheren, welche man gleichwohl auf Kosten jener bevorzugen wolle. Abg. Schaaff spricht sich kurz dahin aus, daß er für die Grundlage des Regierungsentwurfes stimme, da das darauf gebaute Wahlssystem den Forderungen der Staatspolitik — weil die Interessen der Gesamtheit schützend, so wie auch den Forderungen der Staatsweisheit — weil keine wirklichen Rechte Einzelner verlegend, entspreche, und sieht sodann die Behauptung des Abg. v. Rotteck, daß das vorliegende Wahlgesetz dem §. 7 der Verfassung widerstreite, zu widerlegen, was eine weitere Vertheidigung dieser Behauptung durch v. Rotteck zur Folge hat. Es sprechen noch: Abg. Wegel für den Regierungsentwurf; dagegen aber die Abg. Delisle, Kunzer und Schinzinger. Auf Kuenzers Bemerkung, es sey doch auffallend, daß keine Petitionen für die Abänderung der Wahlordnung des Gemeindegesezes eingelangt, was doch wohl geschehen seyn würde, wenn diese Abänderung so dringend gewesen sey, entgegnet Ministerialrath Belf: es seyen auch keine Petitionen auf Aufhebung des seit 1833 bestehenden Wahlgesetzes eingekommen.

Nachdem der Präsident dem Abg. Gerbel bei vorgezählter Zeit das Wort zur Vertheidigung gegen einen persönlichen Angriff auf die nächste Sitzung vorbehalten, wird die tägliche allgemeine Diskussion geschlossen.

Auf die Frage des Präsidenten an Abg. v. Rotteck: ob er die sofortige Abstimmung über seinen Antrag auf Verlegung des Gesezes verlange, oder solche bis zum Schluß der speziellen Diskussion verschoben werden solle, erklärt sich Abg. v. Rotteck für die Verschiebung.

Schluß der Sitzung um 2 Uhr.

Tagesordnung der zweiten Kammer (29te öffentliche Sitzung) auf Montag, den 22. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2) Diskussion über die einzelnen Artikel des Gemeindegesezes.

Calignani's Messenger enthält folgendes Privatschreiben aus Mannheim vom 8. d. M.:

„Mannheim war vergangenen Winter voll von Engländern; es hat aber auch sehr viel Anlockendes für Solche, die Comfort mit Sparsamkeit verbinden wollen, und bietet eine tägliche Kommunikation mit England durch die Dampfschiffe. Die Hausmiete ist billig, auch die Feherrung, und alle Lebensbedürfnisse sind nicht minder wohlfeil. Mehrere namhafte englische Gentleman wohnen bleibend hier, und die verwittwete Großherzogin hat jede Woche einmal Cercle, bei dem die Fremden Zutritt haben. Seit den letzten zwei Jahren wird auch jeden Sonntag englische Kirche gehalten, wobei S. Maria Ehrw. officirt.“

B a i e r n.

München, 17. Mai. Der bekannte Wasserdoctor,

Professor Dertel aus Ansbach, wird, dem Vernehmen nach, eine Bitte an die Kammer der Abgeordneten zur Anmittelung eines Fonds für Errichtung von Wasserheilanstalten bringen, wie deren in Oesterreich bereits zwei errichtet worden sind. — Der Verein der homöopathischen Aerzte wird dieses Jahr am 20. Aug. in Frankfurt a. M. statt finden. (B. N. Btg.)

H e s s e n - H o m b u r g.

Vom Main, 17. Mai. Die Herzogin Helene von Mecklenburg wird auf ihrer Reise nach Frankreich am 22. oder 23. d. M., in Begleitung ihrer durchl. Stiefmutter, der verwittweten Frau Erbgroßherzogin von Mecklenburg, Schwester des Landgrafen von Hessen-Homburg, in der Residenz Homburg vor der Höhe eintreffen und daselbst ihr Nachtlager nehmen. Allem Vermuthen nach dürfte die erlauchte Reisende bei Rüdesheim über den Rhein gehen; doch weiß man darüber noch nichts Bestimmtes. (S. M.)

H o h e n z o l l e r n - H e c h i n g e n.

Die unbeschädigten halben Kronenthaler sollen nach einer Verordnung vom 11. Mai das Stück zu 1 fl. 20 kr., sowohl bei den öffentlichen Kassen, als auch in dem Privatverkehr, in dem Fürstenthum angenommen werden; dagegen hat es in Beziehung auf den Kurs der viertel Kronenthaler bei der Verordnung vom 28. April, wonach sie, wenn sie vollwichtig sind, zu 38½ kr. anzunehmen sind, sein Verbleiben.

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, 15. Mai. Nach einem so eben im Druck erschienenen parlamentarischen Dokument belief sich i. J. 1835 die Zahl der Pfarrfründen, deren Inhaber ihre Seelsorgerpflichten nicht selbst versehen, auf 4975. Davon ertrugen 2017 weniger als 150 Pf. Sterl. jährlich; 730 zwischen 150 — 200 Pf. St.; 893 zwischen 200 — 300 Pf. St.; 1302 mehr als 300 Pf. St. jährlich, und von 38 war der Ertrag nicht bekannt. (Herald.)

— Das im Jahr 1836 in England gewonnene Eisen belief sich, einer angestellten Schätzung zufolge, auf die ungeheure Quantität von 1 Mill. Tuns (1 Tun = 2000 Pfund), wobei der Durchschnittspreis im Jahr auf 7 Pf. Sterl. für die Tun sich stellte. (Times.)

— Die Unkosten bei der Westminsterer Wahl sollen für beide Kandidaten sehr bedeutend gewesen seyn: Sir Francis Burdett's werden zu 6000 Pf. St. (72,000 fl.), die seines unterlegenen Mitbewerbers, Peaber, gar zu 14,000 Pf. Sterl. (168,000 fl.) angegeben. (Standard.) [Hrn. Peaber hatte bekanntlich seine frühere Repräsentantenstelle für Bridgewater, welche er der Aussicht auf die Westminsterer zu Lieb aufgab, bereits Ausgaben zum Belaufe von 13,000 Pf. St. verursacht gehabt.]

F r a n k r e i c h.

Paris, 17. Mai. Der Constitutionnel sagt, man spreche von einer Auflösung der Deputirtenkammer auf den kommenden Oktober.

— Der König hat ein neues Zeugniß der Liebe der

Bewohner der Stadt Paris erhalten. Als er sich am 16. ohne Eskorte nach Versailles begab, wurde er auf dem Plage Ludwigs XVI. von einer so zahlreichen Menge umgeben, daß er nicht weiter konnte. Ein enthusiastischer Ruf tönte aus der gedrängten Menge. Die Bande zwischen dem König und der Nation knüpfen sich mit jedem Tage fester, und hierin liegt der beste Wall gegen die Ragen der Meuchelmörder.

Der Prinz Napoleon Ludwig Bonaparte ist am 5. April zu New-York angekommen. Seine Verwandte und Freunde haben bereits Nachrichten von ihm erhalten.

Es sind Befehle gegeben worden, daß die Amnestie auch auf die H. Peyronnet, de Chantelauze und Guerton-Ranville ausgedehnt werden solle. In Bezug auf die übrigen Minister Karls X., die sich außerhalb Frankreich befinden, wird die Amnestie ebensowenig in Anwendung kommen, als auf die übrigen Flüchtlinge und Kontumazialverurtheilten. Hr. de Polignac ist durch das Thatsächliche seiner Lage ebenfalls davon ausgenommen. Alle Nachrichten, welche uns fortwährend aus den Departementen zugehen, bringen uns die interessantesten Berichte über die Freude, mit welcher dieser Akt der königlichen Gnade überall aufgenommen worden ist. Man hat sogar einige legitimistische Journale bemerkt, welche, den Befehl ihrer Häupter verfassend, sich diesem allgemeinen Ausbruche der Nationaldanbarkeit beigefügt haben.

(Zig. d. Ob. u. N. Rh.)

Die Presse sagt, es seyen nicht immer die Inhaber der Ministerportefeuilles, die den größten Einfluß besäßen: denn es sey am Abend des verwichenen Dienstag, dem gewöhnlichen Empfangstage Hrn. Guizot's, in seinen Gesellschaftsfälen eine größere Versammlung von Besuchenden gewesen, als in irgend einem der Ministerfälonen.

Hr. Pastor Guvier (ein Verwandter des verstorbenen berühmten Naturhistorikers), Vorstand der lutherischen Kirche in der Rue des Villetres, wird die Trauung der Prinzessin Helene mit dem Herzog von Orleans nach dem protestantischen Ritus verrichten.

Die Charte de 1836 berichtet: Bei der Sparkasse hatten vorgestern nur für 35,000 Fr. Zurücknahmen statt, dagegen für 400,000 Fr. neue Einlagen; das Vertrauen ist also völlig wiedergekehrt.

Der Herzog von Choiseul hat das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten, und ist von dem Könige selbst mit dessen Insignien bekleidet worden.

Die Schwierigkeiten, welche sich bei der Vollziehung der Amnestie zu ergeben schienen, sind dadurch geschwunden, daß überall die Ordnung auf die mildeste, ausgedehnteste Weise ausgeführt wird. So sind alle wegen politischer Vergehen Angeklagten, welche in Appellation begriffen waren, für begnadigt erklärt worden, obgleich kein rechtskräftiger Spruch gegen sie vorlag; ebenso auch die Theilnehmer an den republikanischen und Vendée-aufständen, welche zugleich wegen Mordthaten und Verwundungen, die aus Anlaß dieser Aufstände ihnen zu Last fielen, verurtheilt worden waren.

Paris, 17. Mai. Sitzung der Deputirtenkammer.

Generaldiskussion des Budgets. Hr. Audry de Puyraveau (von der äußersten Linken) liest eine Rede ab, in welcher er alle Beschwerden der Opposition gegen die Regierung aufzählt. Er spricht von der Nichterfüllung der im Juli gemachten Versprechungen, von den Veränderungen, welche die Legislatur erlitten, von den Exzeptionsgesetzen; er steht in der fehlerhaften Richtung des Gouvernements die Ursache aller Leiden, welche die untern Klassen treffen, und prüft aus diesem Gesichtspunkte das Ganze der Einnahme und Ausgabe, indem er von Neuem alle die Verbesserungen hervorhebt, welche seit Jahren vergeblich gefordert werden; er endigt mit dem Votum gegen das Budget. Hr. Salverte: Das Rechnungsjahr 1836 habe sich mit den erfreulichsten Aussichten eröffnet, und einen Ueberschuß versprochen, der von Supplementarkrediten absorbiert sey. Man habe sich noch gröber verrechnet in Bezug auf die Vermehrung der Einnahme von 1837. Man müsse dasselbe für 1838 voraussehen; nun sey aber das Budget dieses Jahres um 10 Millionen stärker, als das von 1837. Der Redner tadelt die Neigung des Gouvernements, die Ueberschüsse zu verwenden, statt sie zur Verminderung der Ausgaben zu benützen.

Pairskammer. Hr. Delaplace, Berichterstatter der Petitionskommission, beantragt die Ueberweisung von 58 Bittschriften an die Kommission für das Gesetz über die Friedensrichter. Diskussion des Gesetzes über die Organisation und Kompetenz des Pairs Hofes.

N. S. Durch telegraphische Depesche ist die Nachricht eingelaufen, daß Espartero Hernani genommen, und dort 800 Gefangene gemacht und 5 Kanonen erobert hat.

Es wird eine Medaille auf das Andenken der großen von Ludwig Philipp bewilligten Amnestie geschlagen werden.

Paris, 18. Mai. Der Anfang der Diskussion des Budgets hat die Aufmerksamkeit der Kammer nur in schwachem Grade erregt. Sie war kaum vollzählig. Die wenigen Redner, welche die Tribune bestiegen, haben selbst nicht durch Betrachtungen, welche über den Kreis der eigentlichen Debatte hinausgingen, die Theilnahme der Kammer zu gewinnen vermocht. Die Pairskammer ist nach einer langen Diskussion über den Artikel der Kommission, durch welchen dem Pairs Hof das Recht gegeben wird, sich ohne Berufung zu versammeln, zu keinem Resultate gekommen; der Artikel ist an die Kommission zurückgesandt worden. Die Kommission für die außerordentlichen Kredite für Afrika ist am Sonntag zu sammgetreten. Hr. Pelet (von der Lojère) ist zum Präsidenten, und Hr. Piscatory zum Sekretär ernannt worden; der letztere wird wahrscheinlich auch Berichterstatter seyn. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Anträge der Kommission für die Expedition von Constantine ungünstig seyn werden, und demnach auf die verlangten Krediten im Belaufe von 14,600,000 Fr. ein Abzug von 4 Millionen vorgeschlagen werde. Die allgemeine Budgetkommission ihrerseits hat die Vermehrung des Effectivstandes der Armee verweigert. Ein Journal spricht von der demnächstigen Errichtung eines Depeschenkongresses, bestehend aus einem Staatsrath, einem maître des ro-

quêtes und 4 Auditeurs, welche sich dreimal wöchentlich im Cabinet des Königs versammeln sollen, um in seiner Gegenwart über alle Depeschen zu referiren; welche Klagen, Justizverweigerungen, Reklamationen u. s. w. zum Gegenstande haben. Etwas Ähnliches existirte unter dem Namen des Petitionskomitee zur Zeit des ersten Konsuls. Dieselbe Kommission soll über die Personen berichten, welche zu Privataudienzen zugelassen werden könnten. — Man beschäftigt sich in diesem Augenblicke mit der Unterstützung der Journale, und es finden deshalb lebhaftere Unterhandlungen statt; man wird manchen Abfall sehen; die Gewandten fangen schon an, die Farbe zu wechseln. — Der Herzog von Broglie ist mit seinem Gefolge heute morgen in 3 Hofwagen abgefahren. Der König wird der Prinzessin Helene bis Metz entgegenreisen.

Pairskammer vom 18. Mai. Der Finanzminister legt einen Gesetzentwurf vor, der die definitive Regulirung des Budgets von 1834 enthält, welches bereits von der Deputirtenkammer angenommen wurde. Hr. Prouy liest den Bericht der Kommission für den Specialcredit für mehrere Brücken vor. Die Diskussion des Gesetzes über einen außerordentlichen Credit für Militärpersonen findet nicht statt, denn das Gesetz wird ohne eine solche votirt mit 101 gegen 2 Stimmen. Drei Gesetzentwürfe für Veränderung von Territorialabtheilungen werden eben so angenommen. Diskussion des Gesetzentwurfes, durch welchen den Quartiermeistern und Brigadiers der Gendarmerie die Funktionen von Gerichtspolizeibeamten beigelegt werden solle. H. Dubouchage bittet um's Wort.

Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. Mai. Der Namensaufruf währt bis halb 3 Uhr. Die kaum vollzählige Kammer beginnt die Diskussion des Budgets des Justizministeriums. H. August wiederholt die Bemerkungen, welche er in den vorhergehenden Sitzungen vorgebracht hat in Bezug auf die Magistratur in den Kolonien. Er begreift nicht, wie man darauf beharren könne, die Ernennung dieser Magistrate dem Marineminister zu überlassen. Die Abänderung dieses Gebrauchs sey notwendig; man müsse dem Justizminister ein Attribut zurückgeben, welches ihm wesentlich gehöre. Der Siegelbewahrer antwortet, daß im Interesse des Dienstes alle Kolonialangelegenheiten in den Händen des Marineministers konzentriert seyen; daß übrigens der Justizminister stets bei diesen Ernennungen befragt werde. Hr. Lambert billigt die Bemerkungen des H. August; er hebt die zahlreichen Unregelmäßigkeiten hervor, welche im Verfahren der Tribunale in den Kolonien stattfinden und stellt es als ausgemacht hin, daß die direkte Intervention des Justizministers die Mißbräuche aufhören machen würde. Bei diesen Bemerkungen hat es sein Bewenden. Die Kammer votirt ohne Diskussion die 4 ersten Kapitel des Budgets des Ministeriums der Justiz.

- | | |
|--------------------------------|----------------------|
| 1. Kap. Zentraladministration, | Personal 417,800 Fr. |
| 2. " desgl. | Material 107,000 " |
| 3. " Staatsrath, | Personal 504,400 " |
| 4. " desgl. | Material 12,000 " |

Das 5. Kap. setzt die Ausgaben für den Kassationshof

auf 969,300 Fr., — 172,000 Fr. mehr, als für das Jahr 1837. Diese Vermehrung hat den Zweck, den Gehalt der Räte von 12,000 auf 15,000 Fr. zu erhöhen. Hr. Havin bekämpft diesen Artikel; man solle zuerst an die so dürftig besoldeten Subalternbeamten denken. Hr. Vatout stimmt für die Annahme des Artikels.

Strasburg, 19. Mai. Der in Folge der anhaltenden Regengüsse, die wir in der letzten Zeit gehabt haben, sehr bedeutend gewordene Wasserstand des Rheins erlaubt den Dampfbooten bei der kleinen Rheinbrücke anzulegen. Gestern Abend ist mit dem Dampfboote „Prinz Wilhelm“ ein zweites Dampfboot, die „Freie Stadt Frankfurt“, angekommen. Es ist das erstemal, daß zwei Dampfboote zu gleicher Zeit in der Nähe unserer Stadt anlegen. Eines dieser Dampfboote, wird am Samstag und das zweite am Montag abgehen. — Mittwoch Abend war ein Fest für die Freunde des deutschen Theaters unserer Stadt. Mad. Fischer, erste Sängerin vom Hoftheater zu Karlsruhe, trat zum erstenmale in der Rolle der Donna Anna im „Don Juan“ auf. Noch tönt in zu lebhaften Nachklängen jene zauberische Stimme in unserem Ohre wieder, als daß wir schon im Stande wären, die Leistungen dieser vorzüglichen Künstlerin mit der nöthigen Ruhe zu analysiren. Wenn wir sagen, daß ihr Gesang und Spiel den Stempel der Vollendung trug, so sprechen wir das Gefühl aus, das einzig und allein das ganze Auditorium belebte. Ein rauschender Applaus empfing die hochgestellte Sängerin bei ihrem zweiten Auftreten auf der Bühne, dann herrschte eine tiefe, ununterbrochene Stille; kein Zuhörer wollte auch nur einen jener seelenvollen Töne verlieren, und dann brach wieder ein lauter, fortdauernder Beifall aus: es war ein allgemeiner Enthusiasmus! Heute Abend wird „Norma“ zur Aufführung gebracht. Mad. Fischer tritt als Norma in dieser Oper auf. (3. g. d. D. u. N. N.)

Spanien.

San Sebastian, 13. Mai. Ein großer Ausfall wird morgen statt finden; die Chapelgorris haben Befehl erhalten, um 2 Uhr Morgens aufzubrechen. Die spanische Artillerie ist bereits ausgerückt, um Posto zu fassen; die englische Artillerie fängt an, ihr zu folgen. Der General Espartero gibt heute noch ein großes Gastmahl.

Hernani, 13. Mai. Don Sebastian ist in der Nacht vom 11. auf den 12. mit 16 Bataillonen und 5 Schwadronen abmarschirt; sein ganzer Generalstab begleitete ihn. Zehn Bataillone blieben auf der Linie unter dem Befehl von Guibelalde. Die Garnisonen von Irun und Fontarabia sind durch 1500 Mann verstärkt worden, größtentheils carlistische Donaniers aus den cinco villas und dem Bastanthele. In der Nacht vom 12. auf den 13. wurde auch die carlistische Artillerie abgeführt. Das Geheimniß dieser Bewegung wurde so gut bewahrt, daß der Befehl zum Ausbruch erst um 11 Uhr Abends gegeben, und an die Soldaten erst in dem Augenblicke, wo sie sich versammelten, Schuße vertheilt wurden. Man kennt den Grund dieses plötzlichen Abmarsches nicht.

†○ Bayonne, 14. Mai. Man glaubt allgemein, daß die Carlisten aus Furcht vor einer allgemeinen Niederlage und dem Verluste ihrer ganzen Artillerie die Linie von Hernani aufgeopfert haben, und daß sie eine Diverston versuchen werden, die die Schnelligkeit ihres gewöhnlichen Marsches leicht macht, indem sie den Ebro einige Stunden oberhalb Miranda passiren. Sie haben kein anderes Hinderniß auf diesem Wege, als Balmaceda, welches sie umgehen können und die portugiesische Division des Generals das Antas. Sie können ihre Waffen bis an die Thore von Madrid tragen; aber der geringste Nachtheil, den sie erlitten, würde sie desorganisiren. — Ein Brief aus Tolosa vom 13. meldet, daß die Carlisten in größter Eile nach diesem Punkte ziehen.

Paris, 18. Mai. Die Regierung hat folgende telegraphische Depesche erhalten:

Bayonne, 16. Mai, Abends 4 Uhr.

Der Infant Don Sebastian stand am 14. mit vier Schwadronen vor Huerte-Araquil; 11 Bataillone mit 9 Feldstücken hielten Echarry und Urbizu besetzt. Der Bizkönig war am nämlichen Tage zu Puente-la-Reyna, unterrichtet von der Bewegung des Infanten und in Verbindung mit dem General Suerens zu Logrono.

Am 15. war Espartero Meister von Aligarraga, Hernani, Urieta und Andoain. Die Nachricht ist ihm zugekommen, daß die christinische Heerabtheilung von Vittoria den Uebergang über den Arlaban forcirt habe.

Heute marschirt General Evans gegen Irun, wohin sich die Besatzung von Dyarzun zurückgeworfen hat. Die Christinos zeigen sich auf den Höhen zwischen Dyarzun und Irun. Die carlistischen Schreckschanzen beginnen ihr Feuer.

Unsere Truppen halten die ganze Linie besetzt, um unser Gebiet zu beschützen und die sich Flüchtenden aufzunehmen.

— Der Moniteur enthält noch folgende weitere telegraphische Depesche:

„Der Befehlshaber der 20sten Militärdivision an den Kriegsminister.

Bayonne, 17. Mai, halb 11 Uhr.

„General Evans griff gestern Mittag Irun an, welches hartnäckig vertheidigt wurde. Die Redouten sind noch nicht genommen; sie leisten einen verzweifelten Widerstand; alle Ausgänge sind den Carlisten versperret. Auf das von General Evans an mich gestellte Begehren, seine Verwundeten aufnehmen zu wollen, habe ich die Wundärzte meiner Division abgeschickt; ich habe eine Ambulance eingerichtet und den Befehl gegeben, von Bayonne aus eine Feldapotheke abgehen zu lassen. Die Verwundeten werden auf der Bidassoa transportirt. Der Infant stand am 15. zu Estella, Irribarren zu Puente-la-Reyna, in Verbindung mit Logrono und Vittoria.

„1 Uhr. General Evans hat den Weibern u. Kindern erlaubt, Irun zu verlassen. Die Vertheidigung wird kräftig fortgesetzt. Espartero hält Hernani besetzt.

„5 Uhr Abends. Seit 11 Uhr haben die Engländer die Redouten, das Rathhaus und zwei Drittheile von

Irun mit Sturm genommen. 13 Kanonen fielen in ihre Hände. Ungeachtet der dringenden Empfehlung des Generals Evans, Gefangene zu machen, gaben die Soldaten, erbittert über den heftigen Widerstand, kein Quartier. Bloß 30 Gefangene brachte man nach — (Durch die Nacht unterbrochen.)

— Nach einem Abendjournal hätte Don Carlos unterm 10. d. ein Manifest ausgehen lassen, in welchem er der spanischen Nation eine freisinnige Staatsgrundverfassung verheißt. Wir geben diese Thatsache, ohne deren Authentizität verbürgen zu wollen. (S. d. D.)

— Man versichert, es sey am Abend noch der Regierung eine telegraphische Depesche zugekommen, der zufolge Irun von den Truppen der Königin, nach einem hartnäckigen Widerstande, eingenommen worden sey. (S. d. D.)

Madrid, 3. Mai. (Von dem deutschen Korresp. der allgem. Ztg.) Was das projektirte Aguado'sche Anlehen betrifft, so glaube ich jetzt mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß das ganze Geschäft in einer zwischen den Hrn. Aguado und Mendizabal verabredeten Schwinderei bestand, vermöge deren dieser einige baare Geldsummen hier zu erhaschen hoffte. Diese Absicht ist ihm auch gelungen; das Austreten des Hrn. Martiani in Paris, die Papiere, mit denen er ausgerüstet war, und die bestimmten Versicherungen Mendizabal's, daß das Geschäft zu Stande kommen würde, obwohl er vom Gegentheil überzeugt war, haben einige hiesige Kapitalisten verführt, ihm baare Vorschüsse zu machen. Nun aber erfahren wir aus Paris, daß Hr. Aguado nichts mehr von der Sache hören will, und daß die französische Regierung nicht erlauben wird, ein neues spanisches Anlehen an die Pariser Börse zu bringen, so lange die fälligen Dividenden der alten nicht bezahlt sind. — Wegen des Rothschild'schen Quecksilbervertrags hat die Kommission ihren Bericht noch nicht abgestattet; da aber in der letzten Zeit verschiedene Unbilligkeiten zwischen dem spanischen Finanzminister und dem Rothschild'schen Hause ausgebrochen seyn sollen, und letzteres den Anschein nimmt, seine weiteren Geschäfte mit der spanischen Regierung machen zu wollen, so kann man darauf gefaßt seyn, daß diese eine Ungerechtigkeit gegen jenes zu begehen geneigt sey. Eine Ungerechtigkeit ist es schon an und für sich, die Gültigkeit eines öffentlich und unter Beobachtung aller Vorschriften des Rechts abgeschlossenen Vertrags in Zweifel ziehen zu wollen, und diesesmal dürfte es der Einsicht und Thätigkeit des hiesigen Agenten des Rothschild'schen Hauses vielleicht nicht gelingen, jener Intrigue vorzubeugen. — Vom 6. Mai. Der General Espartero hat an Ihre Maj. die Königin eine Vorstellung gerichtet, in welcher er sich beklagt, daß die spanischen Soldaten, welche Bilbao entsetzten, nicht die geringste Belohnung erhielten, während alle englischen Offiziere nach der Niederlage von Hernani mit Orden geschmückt wurden.

Portugal.

Lissabon, 29. April. Bei Abgang der Post verbreitet sich die Nachricht, daß die Regierung ein Anlehen

von zwei Millionen Pfd. Sterl. zu 49 Proz. in England wirklich abgeschlossen habe, wofür sie die Insel Madeira als Hypothek gegeben, und zwar auf zwölf Jahre. Die Regierung bekommt also nicht einmal 1 Million Pf. St.; da nun aber das zuletzt gegebene Defizit viel größer ist, so ist abermals dem Ganzen dadurch nicht geholfen; also kein das Gouvernement wird sich wenigstens länger halten. (A. 3.)

Württemberg.

Stuttgart, 15. Mai. Wie wir hören, hat auf höchsten Auftrag Sr. Maj. des Königs der Hofdomänenrath Weckerlin eine Reise durch die Niederlande nach England angetreten, um dort die Fortschritte in den verschiedenen Zweigen der Landwirthschaft kennen zu lernen, und deren Anwendbarkeit auf vaterländische Verhältnisse zu prüfen. (S. M.)

— In der Stadt Eßlingen hat sich seit einiger Zeit ein Verein zur Belohnung treuer Dienstboten gebildet. Ihre Maj. die Königin haben auf den Allerhöchstdenselben hierüber erstatteten Vortrag, nachdem Sie den Entwurf der Statuten Allerhöchstnür gnädigsten Durchsicht unterworfen hatten, den Verein mit Bezeugung des besondern allerhöchsten Wohlgefallens durch das huldvollste Gnadengeschenk von 100 fl. unterstützt. (S. M.) [Besonders besteht schon seit mehreren Jahren in Karlsruhe ein ähnlicher Verein unter dem hohen Patronat Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin.]

Kurs der Staatspapiere in Frankfurt.

Den 19. Mai, Schluß 1 Ubr.	St.	Pap.	Geld.
Österreich	Metall. Obligationen	5	104 ³ / ₈
"	do. do.	4	99 ³ / ₈
"	do. do.	3	74 ¹¹ / ₁₆
"	Bankaktien	—	1644
"	fl. 100 Loose bei Roths.	221	—
"	Partialloose do.	4	142
"	fl. 500 do. do.	—	112 ³ / ₈
"	Bethm. Obligationen	4	98 ¹ / ₂
"	do. do.	4 ¹ / ₂	100 ¹ / ₂
Preußen	Staatsschuldscheine	4	104
"	d. b. d. in Lnd. à fl. 12 ¹ / ₂	4	99 ³ / ₈
"	Prämiencheine	—	64 ¹ / ₂
Baiern	Obligationen	4	101 ¹ / ₂
Frankfurt	Obligationen	4	102 ³ / ₈
"	Eisenbahnaktien	—	164
Baden	Rentenscheine	3 ¹ / ₂	101 ³ / ₈
"	fl. 50 Loose b. Goll u. S.	—	94 ³ / ₈
Darmstadt	Obligationen	3 ¹ / ₂	100 ³ / ₈
"	fl. 50 Loose	—	63 ¹ / ₂
"	fl. 25 Loose	—	22 ¹¹ / ₁₆
Raffau	Obligationen b. Roths.	4	100 ³ / ₈
Holland	Integrale	2 ¹ / ₂	82 ⁵ / ₁₆
Spanien	Aktivschuld	5	22 ¹ / ₂
Polen	Lotterieloose Rtl.	...	63 ³ / ₈
"	do. à fl. 500	—	76 ¹ / ₂

Staatspapiere.

Pariser Börse vom 18. Mai. 5proz. konsol. 108 Fr. — 3proz. konsol. 79 Fr. — Span. Akt. 27¹/₂; Pass. 6¹/₂. — Portug. 3proz. 30¹/₄.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Ph. Naefl.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

19. Mai	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Witterung überhaupt.
M. 7	U. 273. 9,18.	7,6 Gr.üb. 0	SD	trüb
N. 3	U. 273. 8,68.	11,4 Gr.üb. 0	N	trüb
N. 11	U. 273. 8,68.	7,1 Gr.üb. 0	ND	trüb, Regen

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 21. Mai (zur Feier des höchsten Geburtstages Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin, zum erstenmale): Die Fremde, große Oper in 2 Aufzügen, von Bellini. Hr. Wild, vom k. Hofopertheater in Wien: Arthur, zur zweiten Gastrolle.

Todesanzeige.

Gestern starb zu Stuttgart nach kurzem Krankenslager unsere liebe Tante, die verwitwete Frau Kanzleiräthin Weckerlin, Juliane Luise, geb. Wielandt, im 70sten Jahre ihres Lebens.

Von diesem für uns ebenso unerwarteten, als schmerzlichen Verlust geben wir hiermit den Verwandten und Freunden der Verstorbenen ergebenst Kunde.

Karlsruhe, den 19. Mai 1837.

W. A. Wielandt, Kaufmann; und dessen Frau, Lisette, geb. Wielandt. W. Heinr. Wielandt, Kaufmann. L. Wielandt, Pfarrer; und dessen Frau, Luise, geb. Wielandt

Karlsruhe. (Logisveränderung.) Undurch mache ich die vorläufige Anzeige, daß ich aus der Karlsstraße weg und in die lange Straße, Nr. 165, zu Hrn. Kaufmann Haas, jun., in die Nähe des Gasthauses zum Erbprinzen, gezogen bin.

Fr. Eccard,

Mechanikus.

Karlsruhe. Mineralwasser, als: Selterser, Fachinger, Geilnauer, Emser Krähchen, Schwalbacher, Riffinger Ragozzi, Said-schüler, Pillnaer, Pyrmonter, Adelheidquelle, Langenbrücker, Rippoldsauer u. stets frisch zu haben bei

C. A. Fellmeth.

Pforzheim. (Fahndung.) Der nachbeschriebene Jakob Münzling von Calw (im Königreich Württemberg) hat sich am 9. d. M. einer Presserei dadurch schuldig gemacht, daß er auf den Namen seiner Mutter, Rath Münzling von Calw, bei einem Bijouteriehändler dahier 18 Stück Ringe und 5 Paar Ohrenringe von verschiedener Größe und Fagon erhob, von seiner Mutter aber weder den Auftrag hierzu erhalten hatte, noch diese Gegenstände an sie ablieferte. Der Gesamtwert dieser Gegenstände, welche nicht näher bezeichnet werden können, beträgt 68 fl. 20 kr.

Da der Aufenthaltsort dieses Menschen unbekannt ist, so ersuchen wir sämtliche Behörden, auf ihn und die fraglichen Gegenstände fahnden und ihn im Betretungsfall anher liefern zu lassen.

Signalement.

Alter, 26 Jahre.

Größe, 5' 6".

Statur, unterseht.

Besondere Kennzeichen, eine Narbe am rechten Backen und sichtlich an den Füßen leidend; auch trägt er gewöhnlich ein kleines Schnaubärtchen.

Kleidung.

Ein dunkelblauer tuchener Rock, am Ellenbogen gestickt; Beinkleider von gleichem Zeug; Schnürstiefel, und eine gewöhnliche Schildkappe.

Näher kann er nicht beschrieben werden, und wird nur noch bemerkt, daß er sich gewöhnlich in Gesellschaft einer Weibsperson, Namens Luise Schnauffer von Calw, befinden soll.

Pforzheim, den 12. Mai 1837.

Groß. badisches Oberamt.

Deimling.

Nr. 9803. Mannheim. (Fahndung.) Die unten signalisirte Maria v. Laska ban, geschiedene Ehefrau des Hoftheatersekretärs Veil zu Mannheim, soll in Folge hohen hofgerichtlichen Urtheils eine sechswohentliche bürgerliche Arreststrafe ersehen, hat sich aber dem Strafvollzuge durch die Flucht entzogen.

Wir ersuchen daher die betreffenden Behörden, auf diese Person zu fahnden und im Betretungsfall zur Strafvernehmung anher einzuliefern.

Personbeschreibung.

Alter, 35 Jahre.

Größe, 5' 4".

Statur, unterseht.

Gesichtsform, oval.

Farbe, bleich.

Haare, braun.

Stirn, gewölbt.

Augenbraunen, braun.

Augen, braun.

Nase, mittelmäßig.

Mund, desgl.

Kinn, oval.

Zähne, gut.

Mannheim, den 8. Mai 1837.

Groß. badisches Stadtkant.

Nombride.

Nr. 9692. Staufen. (Bekanntmachung.) Der unten signalisirte Bursche wurde am 2. d. M. wegen Mangels an Ausweisen einseitig fest.

Derselbe will weder seinen Familiennamen, noch sein Vaterland kennen, und gibt an, er führe den angenommenen Namen Joseph Pauer und sey in seinem 6ten Lebensjahre in einem ungarischen Dorfe, Namens Badotsch, von seiner Mutter heimlich verlassen worden.

Seit dieser Zeit sey er fremd und unstät in Ungarn, Kroatien, Slavonien, der Türkei, Krain, Tyrol, Italien und der Schweiz herumgelaufen, habe als Knabe unter Bauern in kleinen Ortschaft-

ten gelebt — später aber sich mit Kutschern und Fuhrleuten herumgetrieben.

Da die Weigerung desselben, irgend eine genauere Thatsache über sein bisheriges Leben anzugeben, den Verdacht erregt, daß er irgend ein Verbrechen begangen habe, dessen Strafe er sich zu entziehen sucht, so ersuchen wir sämtliche Polizeibehörden, und allenfallsige bekannte Notizen über diesen Burschen mittheilen zu wollen.

Signalement.

des angeblich Joseph Pauer.

Alter, 24 bis 25 Jahre.

Größe, 5' 5".

Statur, schlank.

Haare, braun.

Augen, blau.

Nase, spiz.

Barb, braun.

Mund, klein.

Zähne, gut.

Kinn, rund.

Gesichtsform, länglich.

Gesichtsfarbe, gesund.

Spricht den ungarisch-deutschen Dialekt.

Besondere Kennzeichen, keine.

Kleidung.

Derselbe trug bei seiner Arrestirung einen abgetragenen runden schwarzen Seidenhut, einen dunkelgrünen, mit Seide gefütterten alten Lieberock, schwarzthüne lange Hosen, schwarzthüne West und Halbstiefel mit Abfagen.

Staufen, den 11. Mai 1837.

Groß. badisches Bezirksamt.

Schilling.

Nr. 7.690. Lörrach. (Gläubigeraufforderung.) Die Erben des verstorbenen Bürgers und Ochsenwirths Jakob Friedrich Gütthlin von Dellingen, haben diese Eigenschaft nur unter der Vorsicht der Erbverzeichnisses angenommen, und ebenso hat die rückgelassene Wittwe, Maria Katharina Fuchs, sich diese Vorsicht zur Erklärung über Entschagung der Gütergemeinschaft vorbehalten, weshalb auf beiderseitigen Antrag der Aktie- und Passivstand der Verlassenschaft durch öffentliche Nichtigstellung erhoben werden soll, wozu Tagesfahrt in diesseitiger Amtskanzlei auf Dienstag, den 23. d. M., Vormittags 8 Uhr,

hiedurch anberaumt wird.

Es werden nämlich sowohl die Gläubiger, als die Schuldner des Verstorbenen aufgefordert, erstere, und zwar mit Inbegriff derjenigen, welche etwa aus entgegenkommener Bürgschaft Ansprüche zu machen haben, ihre Forderungen um so gewisser anzumelden und zu begründen, als auf die Ausbleibenden bei Erledigung der Verlassenschaft und Auszahlung der bekannten Gläubiger keine Rücksicht genommen würde, und letztere, ihre Verbindlichkeiten anzuzeigen, widrigens sie sonst gerichtliche Klage zu erwärtigen hätten.

Lörrach, den 2. Mai 1837.

Groß. badisches Bezirksamt.

v. Christmar.

vd. Hade.

Kortl. (Anzeige.) Ein Kapital von 1000 fl., wovon das 71 Jahr alte Person die Zinsen lebdtiglich zu beziehen hat, sind um billigen Nachlaß gegen daares Geld umzusetzen.

Sich zu wenden an

Theilungskommissar Mauer.

Mit einer Beilage.